

JÖRG LANG

Stuttgarter Zeitung Leserservice
Plieninger Straße 150
70567 Stuttgart

Jörg Lang
Spemannstr. 17
70186 Stuttgart
Tel. (0711) 8261967

per mail: leserforum@stuttgarter-zeitung.de

12.12.2023 la-la
Bitte stets angeben:

**Ihr Bericht vom 11.12.2023 „Versammlung vorzeitig beendet“
über die Demonstration unter dem Motto „Gegen den Krieg in Gaza“ am
Freitagabend, den 8.12.2023, in der Lautenschlagerstraße**

Sehr geehrte Damen und Herren,

In Ihrem sehr kurzen Bericht zu dieser Demonstration berichten Sie nichts über den Inhalt, behaupten aber, dass dabei „eine Vielzahl an Verstößen begangen und von der Polizei zur Anzeige gebracht wurde ... Ein geplanter Aufzug wurde deshalb unterbunden“. Sie verschweigen, dass Ihr Bericht offensichtlich ausschließlich einen Auszug aus einer *von der Polizei* dazu herausgegebenen Mitteilung darstellt. Wäre- so wie ich - eine Mitarbeitende von Ihnen persönlich anwesend gewesen, hätten Sie kaum einen derart entstellenden Bericht veröffentlichen können. Die Kundgebung verlief von Seiten der Veranstalter und der Teilnehmenden absolut friedlich. Von Anfang an rief die Veranstaltungsleitung auch dazu auf, keine Plakate oder Fahnen mit strafbarem Inhalt zu zeigen; außerdem wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass u.a. antisemitische Parolen nicht geduldet würden. Ich selbst, ich bin Jurist, konnte auch keinerlei strafbare Handlungen von Seiten der Demonstranten feststellen. Dass insbesondere die auch anwesenden palästinensischen Flüchtlinge vom aktuellen Bombardement auf ihr Land und ihre Angehörigen, auch auf dem Hintergrund der leider in den letzten Jahren wieder verschärften Unterdrückungspolitik der israelischen Regierungen aufgebracht waren, kann jedenfalls ich verstehen. Entgegen Ihrer Darstellung und der Mitteilung der Polizei hat die Veranstaltungsleitung auch den langen polizeilichen Auflagenkatalog auf eine Aufforderung der Polizei hin tatsächlich noch vorgelesen.

Das Verhalten der Polizei dagegen – sie war zahlenmäßig etwa in Größe der Zahl der Demonstranten und in schwarzer Kampfuniform angetreten – erweckte für mich den Eindruck, als habe sie es von Anfang darauf angelegt, die Kundgebung bzw. eine anschließende Demonstration zu unterbinden. Wiederholt stieß sie plötzlich in die Menge vor und beschlagnahmte angeblich unzulässige Plakate, etwa mit dem Inhalt, dass Israel ein Apartheid-Staat sei oder der Parole „Deutschland finanziert, Israel bombardiert“.

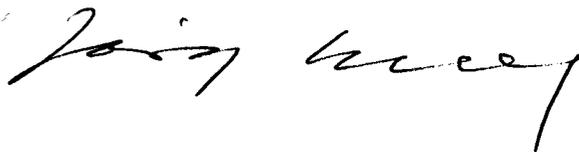
Es ist aber doch eine Tatsache, dass sich Israel mit dem Nationalstaatsgesetz vom 19.07.2018 selbst als Heimat nur des jüdischen Volks definiert hat und dem palästinensischen Volk

keine gleichen Rechte einräumt, außerdem ausdrücklich auch weitere jüdische Siedlungen auf palästinensischem Territorium rechtfertigt. Und obwohl dadurch u.a. auch eine friedliche Zwei-Staatenlösung immer weiter untergraben bzw. unmöglich gemacht wird, haben sämtliche deutsche Regierungen auch in den vergangenen Jahren Israel ständig politisch, finanziell und auch militärisch unterstützt. Seit dem Überfall der Hamas vom 7.10.2023 hat Deutschland nach offiziellen Angaben seine Militärhilfe von 2022 auf 2023 nochmals verzehnfacht.

Solidarität mit Israel kann doch keine bedingungslose - und besinnungslose – Solidarität mit der rechtsradikalen Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik insbesondere der Netanyahu-Regierung der letzten Jahre bedeuten. Und sie darf auch nicht bedeuten, dass wir in unserem eigenen Land nun die Meinungs- und Versammlungsfreiheit abschaffen und die Polizei darüber entscheiden lassen, was politisch erlaubt ist. Ihr Kurzbericht ist jedenfalls kein Ruhmesblatt für eine unabhängige und objektive Berichterstattung.

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Lang.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg Lang', written in a cursive style.